

Kreistagsfraktion

17. November 2025

Herrn Landrat
Stephan Siefken
Landkreis Wesermarsch
Poggenburger Str. 15

26919 Brake

Anträge für den Haushalt 2026

Sehr geehrter Herr Landrat Siefken,

die SPD-Fraktion hat sich im Nachgang zur Klausur am 8. November mit dem Haushaltsentwurf befasst.

- **Angesichts vieler offener Prämissen, beantragt die SPD, den Haushalt am 15. Dezember im Kreistag nicht zu verabschieden. Es wird die terminliche Verschiebung beantragt.**
- **Die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts ist unerlässlich. Daher hält die SPD an ihrem Vorschlag zur Gründung einer „Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung“ fest, auch wenn es hierfür im Finanzausschuss (noch) keine Mehrheit gab.**

Begründung:

- **Vom Bund** werden wegen von dort verursachter Kostensteigerungen im Jugend- und Sozialbereich auskömmliche Finanzmittel für den kommunalen Finanzausgleich erwartet und eingefordert! Neben den Aktivitäten der Spitzenverbände werden Kontakte zu den MdB aus unserer Region, Bastian Ernst (CDU) und Dennis Rohde (SPD) wahrgenommen, und zwar mit Bezug auf einschlägige Zusagen des Kanzlers in Schwerin (siehe auch NWZ-Bericht vom 5.11.25, Seite 2)!
- Erhöhte Budgetmittel für den kommunalen Finanzausgleich werden auch **vom Land Niedersachsen** erwartet. Kurzfristige Gespräche werden zeitnah zunächst mit dem Finanzminister Heere (Grüne) angestrebt.
- Noch sind die auf die Wesermarsch bezogenen Einsparungseffekte aus dem Sondervermögen des Bundes für die Kommunen (100 Mrd.€) und aus den Finanzhilfen des Landes nicht bezifferbar.



- Das Land wird als Betriebskostenzuschüsse für Kita's zusätzlich 250 Mio.€, gekoppelt an eine jährliche Dynamisierung, bereitstellen. Auf die Kommunen der Wesermarsch werden geschätzt bis zu 2,5 Mio.€ entfallen. Aus den noch ausstehenden Verhandlungen mit den Bürgermeistern bleibt abzuwarten, ob man sich auf eine Quote auch für den Landkreis verständigen wird.
- **Sonderprogramm:** Außer den Landkreisen Helmstedt, Lüchow-Dannenberg, Holzminden, Hameln und Uelzen soll die Wesermarsch vom Land als „strukturbelastet“ klassifiziert worden sein (höhere Sozialausgaben, Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslose, geringere Frauenarbeitsplätze).
- **Für den Fall, dass sich diese Annahme bestätigt, regt die SPD-Fraktion an, beim Land einen Antrag auf Finanzaufweisungen aus einem aufzulegenden Sonderprogramm zu stellen.**
- Die SPD-Fraktion empfiehlt, dass der Kreistag sich im nächsten Quartal mit den mittelfristigen Auswirkungen zu den jüngsten Regelungen des Landes zur **Zerlegung der Gewerbesteuererträge aus den Offshore-Windkraftparks** (2026: 110 Mio.€!) auf Wilhelmshaven mit Abzweigungen auf den Nds. Kommunalen Finanzausgleich sowie auf das Land als Begünstigte eingehend befasst.

Folgende Prämissen, Prüfaufträge und Denkanstöße beantragt die SPD-Fraktion, in den Maßnahmenkatalog zur Haushaltsberatung im Finanzausschuss am 1.12.25 aufzunehmen:

- Das Budget der sog. „**freiwilligen Leistungen**“ **bleibt unangetastet**. Die wichtige Arbeit von Vereinen, Verbänden u.a. Institutionen ist für die Bürger unerlässlich. Der gesellschaftlichen Zusammenhalt darf nicht gefährdet werden.
- Vorschläge zur Entnahme aus der **Infrastrukturrücklage für den lfd. Haushalt werden abgelehnt**. Auf geplanten interkommunalen Gewerbegebieten an den Energiedrehkreuzen gilt es, moderne und wettbewerbsfähige Unternehmen anzusiedeln.
- Der Bau eines stationären **Hospizes in Ovelgönne wird unterstützt**. Der Landkreis wird sich zu 1/3 an den Gründungskosten einer GmbH (rd. 8.400 €) beteiligen.
- Für die Aufbesserung des mit 500 T€ kalkulierten **zweiten Parkplatzes** westlich vom Kreishaus besteht **keine dringende Priorität** und sollte vorerst gestrichen werden.
- Abgedeckte **Alt-Deponieflächen** (Galing und Käseburg) sollten für **großflächige PV-Parks** selbst gebaut oder an Energiegenossenschaften verpachtet werden. Neben zusätzlicher Einnahmen würde die CO²-Bilanz aufgebessert. Gleiches gilt für Agra-PV-Anlagen auf den großflächigen Ausgleichs-Arealen der kommunalen Flächenagentur.
- Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, sollten aus ihrer wirtschaftlichen Betätigung hieraus angemessene Beträge zur **Ausschüttung von Dividenden** einplanen (soweit rechtlich vertretbar auch die LzO; siehe hierzu die Ausschüttungspraxis in den örtlichen Raiffeisenbanken).



- **Rentierliche Investitionen: Zuweisungen von Bund und Land für Infrastrukturverbesserungen** sollte der Landkreis um weitere Zuschüsse aus den Energiesparprogrammen (KfW/EU) kumulieren und prioritär auf solche Projekte konzentrieren (Schulgebäude, Sporthallen), die deutliche Einsparungen erzielen und zudem wirksame Co²-Minderungen bewirken.
 - Für den **Neubau des Gesundheitsamtes mit weiteren dezentralen Außendienststellen** sind ab 2026 insgesamt 13 Mio.€ eingeplant. Die Bedarfslage ist absolut unstrittig und dringend geboten. Der Landkreis sollte im Zuge der Grundlagenermittlungen und Konzepterstellung auch Nutzungspotentiale in evtl. freiwerdenden Groß-Immobilien prüfen.
 - **OBS1 Nordenham:** Die für die Arbeit der Lehrer verfügbaren Räume sind unzumutbar beengt. Auf diese Priorität hatte die SPD-Fraktion mehrfach hingewiesen, so zuletzt im September im Zuge der anstehenden Auftragsvergabe zur Schulhofsanierung an der ehem. Hafenschule. Nunmehr stellen wir fest, dass entgegen der Verwaltungszusage offenbar doch keine Projektmittel für die Lehrerzimmererweiterung eingeplant sind!
Anmerkung: Bei rechtzeitiger Kenntnis der Lage hätte man die über 1,4 Mio.€ teure Maßnahme besser zugunsten der dringend benötigten, zusätzlichen Lehrerzimmerkapazitäten tauschen sollen!
- **Für den Fall, dass der Bauauftrag noch nicht verbindlich sein sollte, beantragen wir, den Maßnahmetausch, wie oben beschrieben, vorzunehmen.**

Zusammenfassend sieht die SPD-Fraktion für den Haushalt 2026 und für die mittelfristige Finanzplanung durch vakante Bundes- und Landesentscheidungen, aber auch durch eigene Konsolidierungen und Priorisierungen deutliche Verbesserungspotentiale.

Wir bitten unsere vorgenannten Anträge und Anregungen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Gleichstellung am 1. Dezember 2025 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Francksen
Vorsitzender